

dbb jugend nrw
Friedrich-Ebert-Str. 1
40210 Düsseldorf

1. Beamtenbesoldung und Dienstrecht

Seit der Föderalismusreform 2006 ist das Beamtenrecht überwiegend in die Kompetenz der einzelnen Bundesländer übergegangen. Im Ergebnis erleben wir, dass die Länder ganz unterschiedliche Ansätze und Reformen im Öffentlichen Dienst umsetzen. Dies führt bereits jetzt schon zu sehr großen Differenzen im Bereich des Dienstrechts und der Besoldung, welche zum Nachteil der Beamtinnen und Beamten nach Kassenlage erfolgt.

1.1 Wie bewerten Sie die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf die Länder und die Entwicklungen der vergangenen Jahre?

1.2 Der DBB und die dbb jugend nrw fordern - um die Vergleichbarkeit des Öffentlichen Dienstes zu gewährleisten - eine Rückübertragung der Kompetenzen auf die Bundesebene. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Beide Fragen lassen sich damit beantworten, dass wir der Meinung sind, Beamtenrecht sollte bundeseinheitlich geregelt werden.

2. Demografischer Wandel

Die Bundesrepublik steht im Hinblick auf den demografischen Wandel vor großen Herausforderungen. Dies zeigt sich vor allem bei den sozialen Sicherungssystemen.

2.1 Welche Maßnahmen halten Sie in diesem Zusammenhang für geeignet, um auch für die nachfolgenden Generationen eine auskömmliche Absicherung im Alter zu gewährleisten? Die sog. Riester-Rente wurde als zusätzliche Altersabsicherung vor einigen Jahren eingeführt. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass viele Menschen, vor allem junge Arbeitnehmer, keine finanzielle Möglichkeit haben, die entsprechenden Beträge aufzuwenden. Weiterhin haben Untersuchungen ergeben, dass die Renditen der Versicherungen hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Zum einen sind wir für die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens vom ersten bis zum letzten Lebenstag eines jeden Mitbürgers und damit nach der Durchführung auch der letzten Phase ist somit der Lebensunterhalt gesichert. Natürlich steht jedem frei sich darüber hinaus noch privat besser abzusichern.

Bis zu dessen Einführung wollen wir das Rentensystem derart umgestalten, dass sich die Auszahlungen aus allen Einkommensarten speisen und es eine Mindest- und eine Höchstrente gibt.

2.2 Halten Sie die Riester-Rente weiterhin für geeignet, um künftiger Altersarmut vorzubeugen?

Die Riesterrente ist nicht geeignet um Altersarmut vorzubeugen, insbesondere da weite Schichten der Bevölkerung auch gar nicht die freien Mittel haben welche sie in eine zusätzliche Absicherung investieren könnten.

3. Prekäre Beschäftigung

Die prekäre Beschäftigung im Bereich des Öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Hiervon sind vor allem Berufsanfänger betroffen.

3.1 Die dbb jugend nrw fordert zur Bekämpfung von prekärer Beschäftigung Änderungen im Teilzeit- und Befristungsgesetz:

Abschaffung der Befristungen, die zur Erprobung erfolgen, 5 14 Abs. 1 Nr. 5

Abschaffung der Befristungen, die mit der Person verbunden sind, 5 14 Abs. 1 Nr. 6

Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen, 5 14 Abs. 2

Unterstützt ihre Partei diese Forderungen zur Stärkung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

Die Befristungen lehnen wir in NRW ab und stehen klar auf Seiten des Arbeitnehmerschutzes.

Die Zahl der unbefristet eingestellten Tarifbeschäftigen sowie die Häufigkeit der Verbeamtungen nimmt kontinuierlich ab. So befindet sich fast jeder sechste Arbeitnehmer im Öffentlichen Dienst in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis. Der Trend des Stellenabbaus in den Behörden von Bund, Ländern und Kommunen, die Privatisierung des öffentlichen Sektors und die Auslagerung von Aufgabengebieten in Eigenbetriebe oder ähnliche Konstrukte ist gängige Praxis.

3.2 Wie kann man dieser Entwicklung entgegen wirken? Was würden Sie konkret tun, um die prekäre Beschäftigung im Öffentlichen Dienst zu vermindern oder gar ganz abzuschaffen?

Die Auslagerung in Personalgesellschaften ist grundsätzlich zu unterbinden. Dies geschieht nur, um entsprechende Regelungen zum Arbeitnehmerschutz und Tarife umgehen zu können. Zum einen hat der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion für alle Arbeitgeber, zum anderen schreiben die Gesetze aller Ebenen in Deutschland eine explizite Fürsorgepflicht des Dienstherren vor.

4. Mindestlohn

Die Zahl der Menschen, die trotz Vollzeit- oder Teilzeitjobs auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind, geht laut Auskunft der Bundesagentur für Arbeit (BA) zurück. Trotzdem waren es im Jahr 2012 ca. 1,3 Millionen Menschen in Deutschland, die auf aufstockende Leistungen der Jobcenter angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt sicherstellen zu können.

4.1 Für viele dieser „Hartz 4-Aufstocker“ ist die Tatsache, dass sie ihre Familien nicht alleine durch eine Erwerbstätigkeit ernähren können, sehr deprimierend. Setzen Sie sich für einen gesetzlich festgeschriebenen, flächendeckenden Mindestlohn ein?

Ja, 9,77€ für befristete Stellen und 9,02€ für unbefristete Arbeitsstellen bis zur Festlegung durch eine Expertenkommission.

5. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen, wird heutzutage immer wichtiger, aber gleichzeitig auch immer schwieriger. Gründe hierfür sind zum Beispiel die Veränderungen in der klassischen Rollenverteilung von Müttern und Vätern sowie die zunehmende Alleinerzieherschaft. Hinzu kommt die Notwendigkeit, dass Eltern finanziell mit nur einem Einkommen oftmals nicht auskommen und auf zwei Gehälter angewiesen sind. Eine gesicherte Kinderbetreuung und ein flexibler Arbeitsplatz sind hierfür unabdingbar. Daher sind (infra-)strukturelle Aenderungen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen, dringend notwendig.

5.1 Welche Regelungen schlägt Ihre Partei vor, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf attraktiver zu gestalten?

Die Piratenpartei setzt sich für flexible, elternfreundliche Arbeitsbedingungen und Betreuungsmöglichkeiten in Unternehmen und Betrieben ein. Ersatzweise muss eine wohnort- oder arbeitsplatznahe Versorgung der Kinder während der Arbeitszeit gewährleistet sein. Kindererziehung und Erwerbstätigkeit müssen für beide Elternteile gleichermaßen miteinander vereinbar sein.

5.2 Sehen Sie das Betreuungsgeld sowohl als familienfördernde Maßnahme als auch förderlich für die Entwicklung von Kindern an?

Nein, eher das Gegenteil ist der Fall.

6. Hochschulpolitik

Die Universitäten und Fachhochschulen haben in den vergangenen Jahren enorme Veränderungsprozesse erfahren (Reform der Studienabschlüsse, Erhöhung der Studienplätze).

6.1 Wie bewertet Ihre Partei den Bologna-Prozess und wie möchten Sie die Studienbedingungen für die Studierenden verbessern?

Der Bologna-Prozess hatte eigentlich nur ein Ziel: Die Internationalisierung und Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse herzustellen. In jedem unterzeichnenden Land sollte so klar sein, was ein Studierender studiert hat und was er innerhalb dieses Studiums geleistet hat. Heute wird der Bologna-Prozess jedoch mit Anwesenheitspflicht in Vorlesungen, Überlastung der Studierenden und hohen Abbrecherquoten gleichgesetzt. Die ursprünglichen Ziele des Bologna-Prozesses wurden jedoch auch nach seinem offiziellen Abschluss nicht erreicht. Daher ist weiterhin an einer Vergleichbarkeit von Studiengängen, national sowie international, zu arbeiten.

6.2 Gerade an den Universitäten ist der Anteil von befristeten Arbeitsverträgen sehr hoch, da die Stellen häufig über (staatliche) Projektmittel finanziert werden. Gibt es in Ihrer Partei Konzepte, die Befristungen im Hochschulbereich zu verringern?

Die Piratenpartei Deutschland spricht sich dafür aus, § 2 Absatz 1 des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) zu streichen. Das WissZeitVG ist so zu überarbeiten, dass befristete Verträge mit nach oben offener Laufzeit für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Haushalts- und Drittmittelstellen vergeben werden können, ohne eine Maximalbeschäftigungsgrenze zu benennen.

7. Schulpolitik

In den letzten Wochen wurde das Thema eines bundeseinheitlichen Zentralabiturs diskutiert.

7.1 Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Die Piraten stehen für ein Bildungssystem, das den Menschen unabhängig von Ihrer sozialen und regionalen Herkunft ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe garantiert und es ihnen erlaubt, mündige und kritische Bürger mit sozialer Kompetenz zu werden. Damit verbunden ist die Forderung der Piraten nach einer zügigen Einführung einheitlicher Bildungsstandards auf Bundes-

und Länderebene. Nur so lassen sich die aus dem föderalen Flickenteppich resultierenden Probleme wie fehlende Fairness und Mobilitätshemmnisse beseitigen.